

„Wälder dürfen keine Standorte für Windkraftanlagen sein“

Ulrich Alda (FDP) kritisiert heimische SPD als unglaubwürdig. Peter Leisten (CDU) wertet Standpunkt als durchaus positiv

Hohenlimburg. „Den Abstand möglicher Windenergieanlagen zur Wohnbebauung ausreichend zu dimensionieren.“ Das hatte der SPD-Ortsverein Hohenlimburg in Zusammenarbeit mit der Hagener Ratsfraktion jetzt auf einem Flugblatt gefordert. Dieses war flächendeckend in der Wesselbach und in der Nahmer verteilt worden (diese Zeitung berichtete). Damit hatten die Sozialdemokraten deutlich gemacht, dass sie sich mit den in der Hagener Verwaltung aktuell gehandelten Plänen zu möglichen Windenergiezonen nicht einverstanden zeigen. Bei den von den Investoren favorisierten Gebieten sollen die 200 Meter hohen Anlagen bis auf 600 Meter an die Wohnbebauung heranrücken.

Absolut unglaubwürdig

Der Hagener FDP-Landtagsabgeordnete Ulrich Alda hat den Flyer aufmerksam gelesen und sich über

die darin gemachten Aussagen geäußert: „Es ist absolut unglaubwürdig, wenn sich die Sozialdemokraten jetzt vor Ort mit den Bürgern solidarisieren wollen. Das Problem kann nur durch die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf gelöst werden.

Dort müssen die Hohenlimburger SPD-Vertreter Druck machen“, kritisiert er.

Er verweist auf zwei heftige Debatten, die im ersten Halbjahr 2015 im Landtag zur Windenergie geführt worden sind. Darin habe die FDP gefordert, Windenergieanlagen im Wald grundsätzlich zu verbieten. „Wälder dürfen keine Standorte für Windkraftanlagen sein. Sie sind komplexe Ökosysteme und Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Waldgebiete sind unverzichtbar für die Luftreinigung, den Wasserhaushalt sowie die Boden-



Ulrich Alda (Mdl., FDP).

fruchtbarkeit und dienen als Ruhe- und Erholungsräume“, begründet der FDP-Abgeordnete seine Forderung. Um dann zu ergänzen: „Die Flächeninanspruchnahme

pro Windrad beträgt nach Berechnungen des Umweltbundesamtes bis zu 10 000 Quadratmeter. Dazu kommen Transport- und Wege, für die mehrere Meter breite und hohe Schneisen in den Wald geschlagen werden müssen.“

Zehnfacher Abstand zur Höhe

Dieser Vorschlag wurde aber, so Alda, ebenso abgeschmettert wie eine verbindliche Abstandsregelung der Windenergieanlagen zur Wohnbebauung. Alda: „Andere Bundesländer, wie Sachsen oder Bayern, haben klare Regelungen. Mindestens 1000



Peter Leisten (CDU).

Meter muss dort der Abstand zur Wohnbebauung betragen. Das ist bürgerfreundlich und erhöht auch die Rechtssicherheit für mögliche Investoren.

International gehen die Fachleute sogar von weit größeren Abstandsflächen zwischen Wohnhäusern und Windenergieanlagen aus. So wird in der Schweiz verlangt, dass die Windenergieanlagen zu bewohnten Gebäuden einen Abstand von mindestens des Zehnfachen der Gesamthöhe einhalten müssen.

Auch Peter Leisten, Fraktionssprecher der CDU in der Hohenlimburger Bezirksvertretung, hat sich am Wochenende zu Wort gemeldet. Er kritisiert, dass die rot-grüne Landesregierung NRW die Kommunalpolitik mit der Windkraftproblematik allein und im Regen stehen lässt. Im Gegensatz zu Ulrich Alda möch-

te Leisten der SPD Hagen und Hohenlimburg aber nicht vorwerfen, dass sie im Gegensatz zur Landespartei anscheinend eine vernünftige Linie entwickeln.

Positive Stellungnahme der SPD

Der letzte Satz von SPD-Fraktionschef Mark Krippner im Gespräch mit dieser Zeitung stimmt Leisten allerdings skeptisch. Krippner hatte gesagt: „Wir stehen am Anfang der Diskussion.“ Deshalb folgert der CDU-Mann: „Wir werden erleben, ob die SPD Hagen diesen Standpunkt durchhält, wenn sie aus Düsseldorf Druck kriegt.“ Grundsätzlich wertet Peter Leisten die SPD-Stellungnahme positiv im Sinne einer guten Lösung für Hagen. Der Bürgerinitiative „Gegenwind Hagen“ versichert er, dass diese Gelegenheit erhalte, in einer CDU-Fraktionssitzung zu den bekannten Forderungen Stellung zu nehmen. -hey